

Prof. Dr. Steffen Burkhardt

Professor für Medien- und Kulturtheorie, Medienforschung und Medienkompetenz, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

„Soziale Medien: Gefahr oder Chance für Rechtsstaat und Demokratie?!?“

Veranstaltung von Rechtsstandort Hamburg e.V.

**Thema: „Soziale Medien und ihre Möglichkeiten –
eine Bestandsaufnahme“**

16. Juli 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr verehrte Damen und Herren,

ein 13-jähriges russlanddeutsches Mädchen in Berlin erfindet im so genannten „Fall Lisa“ 2016 eine Vergewaltigung durch Flüchtlinge. Der russische Außenminister schaltet sich ein und wirft den deutschen Behörden eine Tendenz vor, „die Realität aus innenpolitischen Gründen politisch korrekt zu übermalen“. In den sozialen Medien wird das Narrativ viral verbreitet und es kommt in zahlreichen deutschen Städten zu unangemeldeten Protestdemos gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmern, so berichtet Spiegel Online, sind vor allem Russlanddeutsche, um deren Gunst rechtsextreme Parteien schon lange buhlen. Sie sollen sich über WhatsApp und Facebook schon Tage vorher verabredet haben. Alle einflussreichen russischen TV-Stationen berichten. Kernaussage: Berlin kehre den Fall unter den Teppich, um Merkels Asylpolitik nicht zu gefährden. Als Beleg führen sie Aussagen von vermeintlichen Verwandten des Opfers an, die sie mit YouTube-Videos zusammenschneiden. So zeigt der kremlfreundliche, landesweite Sender Ren-TV einen Mob, der eine blonde Frau vergewaltigt – ohne kenntlich zu machen, dass sich die Szene auf Kairos Tahrir-Platz abgespielt hat. Ein deutscher Anwalt, der wegen der tendenziösen Berichte im russischen Fernsehen Strafanzeige gegen einen russischen Journalisten stellt, bekommt Polizeischutz, nachdem er bedroht und seine Homepage gehackt wird. Hinterher wird sich herausstellen, dass Lisa die Nacht freiwillig bei ihrem 19-jährigen Freund verbracht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte den Fall Lisa zum Anlass nehmen, um die Veränderungen im Zusammenspiel von Bürgern und staatlichen Einrichtungen durch die Nutzung sozialer Medien kurz zu skizzieren. Meine Aufgabe besteht dabei darin, die Veränderung der Öffentlichkeit durch das Social Web darzustellen. Und das tue ich mit Blick auf zwei Aspekte:

- Soziale Medien und die öffentliche Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger
- Soziale Medien und die öffentliche Kommunikation der staatlichen Einrichtungen

Betrachten wir zunächst die öffentliche Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger.

Am „Fall Lisa“ lässt sich gut beobachten, wie Gesellschaft gezielt manipuliert und mobilisiert werden kann. Ausgehend von einer Allianz aus nationalistischen Interessengruppen in Deutschland und im Ausland werden Falschnachrichten verbreitet, die diesen Interessengruppen in die Hände spielen. Dass es Propaganda gibt, ist nicht neu. Aber dass diese Propaganda in Teilen im Ausland produziert wird und in der Bundesrepublik massenhaft in Echtzeit ohne Sendelizenz gestreamt werden kann und dann zu einer viralen Mobilisierung von Demonstrationen eingesetzt wird, ist ein Fakt, mit dem wir uns in Abwägung von individuellen Freiheitsrechten und kollektiven Schutzpflichten auseinandersetzen müssen.

Die bürgerliche Öffentlichkeit ist als Idealkonzept das Leitbild für unser Öffentlichkeitsverständnis. Habermas hat sie als Sphäre der Rason skizziert, der unser Modell vom verfassungsrechtlich geschützten Raum für den politischen Diskurs des Volkes als dem Souverän folgt.

Diese traditionelle Form der bürgerlichen Öffentlichkeit lässt sich in persönlichen, organisierten und massenmedialen Teilöffentlichkeiten beschreiben, die – und das ist entscheidend – auf in den Öffentlichkeiten ausgehandelten und legitimierten Regeln basieren. Das gilt nicht nur für öffentlich-rechtliche Berichterstattung in Deutschland mit den Kontrollinstanzen der Rundfunk- bzw. Fernsehrate, sondern auch in den privatwirtschaftlichen Öffentlichkeiten des Journalismus und zwar sowohl für die Selektion der Inhalte auf Basis von Nachrichtenfaktoren als auch für ihre Verbreitung.

Der schwierige Kontrollprozess, den Aktionen wie „europe-v-facebook.org“ veranschaulichen, zeigt, wie weit viele soziale Medien allem Marketingpathos zum Trotz von bürgerlichen Öffentlichkeiten entfernt sind. Es handelt sich beim Social Web um ökonomische Öffentlichkeiten, die auf für die Bürgerinnen und Bürger intransparenten Regeln der Algorithmen zum Targeting basieren – und basieren müssen, um die Geschäftsmodelle zu schützen, die die Gratis-Angebote ermöglichen. Beim Targeting werden die Inhalte an die vermuteten Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger angepasst. Das gilt nicht nur Produkte – wir alle kennen ja die Situation, dass wir online nach einem Produkt suchen und danach stundenlang beim Surfen Werbebanner mit diesem Produkt gezeigt bekommen. Sondern auch für das Politmarketing wie wir im

US-Wahlkampf sehen konnten (beispielsweise an der Debatte um Cambridge Analytica und die Arbeit für die Schusswaffenlobby).

Facebook hat hierzu vor wenigen Wochen sein Dossier „Informations Operations and Facebook“ vorgelegt, in dem es kompakt darüber informiert, wie der zivilgesellschaftliche Diskurs von politischen Bewegungen und ausländischen Regierungen durch strategische Eingriffe in die öffentliche Kommunikation, Falschnachrichten, falsche Accounts sowie Falschinformationen (im Gegensatz zu nicht-intentionalen Fehlinformationen) manipuliert wird.

Die Chancen der sozialen Medien (als partizipative/edukative Öffentlichkeit mit Bildungsangeboten, Graswurzel-Bewegungen – die es ja auch gibt – sowie vielen, hilfreichen, kostenlosen anderen Interaktions- und Kommunikationsdienstleistungen, die in der Debatte gewürdigt werden müssen) stehen dabei im Gegensatz zu den Risiken der sozialen Medien für den demokratischen Rechtsstaat. Dazu zählen (1.) der fehlende Diskurs und Austausch von Argumenten, (2.) das Entstehen von Echokammern und Filterblasen sowie (3.) die Manipulation durch gezielt viral verbreitete Falschinformationen in einem Zwei- bzw. Mehr-Stufen-Modell mit organischen Influencern.

Der Versuch der Manipulation der französischen Wahlen vor wenigen Wochen durch für Macron angeblich belastende WikiLeaks-Dokumente ist hierfür ein Beispiel; deren Schadensbegrenzung im Wesentlichen dem vorbildlichen Verhalten der französischen Presse zu verdanken ist.

Wir beobachten also die Gefahr von Priming- und Kultivierungsaspekten wie dem Erzeugen eines Klimas der Angst durch Bombardieren der Bürgerinnen und Bürger mit destruktiven (Des-)Informationen zum „Systemversagen“ (wie beispielsweise im Fall Lisa bzw. der Flüchtlings- und Migrationsdebatte allgemein, aber auch in den Anti-EU-Kampagnen wie der Brexit-Debatte oder den digitalen Interventionen im aktuellen Konflikt am Persischen Golf.)

Meine Damen und Herren, Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger ist heute mehr denn je technikgestützte Interaktion. Mehr als zwei Stunden verbringen Deutsche im Durchschnitt täglich online. Und mehr als vier Stunden sind es bei jungen Leuten im Alter von 14 bis 29 Jahren. Dabei besteht die Gefahr einer Wissenskluft zwischen denjenigen, die sich umfassend informieren, und jenen, die einen Großteil ihrer Zeit im Social Web chatten, ohne auf nachrichtliche Informationsangebote zurückzugreifen.

In den Timelines des Social Web finden Sie gehypte Fake News, die Ihnen basierend auf gekauften Klickzahlen und Kommentaren schnell begegnen können. Leider stehen wir in der Medienforschung erst am Anfang der Erforschung der Wirkung von digitaler Manipulation und ihren Folgen, auch weil wir an viele aussagekräftige Daten nicht herankommen.

Wir stehen erst am Anfang der Erforschung des Social Web als Pandora-Box der Ideologien: Ob ISIS, PEGIDA oder der TEA PARTY: viele bürgerliche Akteure haben

sich hier vom Prinzip intersubjektiv nachvollziehbarer Wahrheit verabschiedet. Auch wenn Falschnachrichten kein Massenphänomen sind, sind sie gefährlich, wie man am Beispiel der Rekrutierung von Terroristen in den neuen Öffentlichkeiten von WhatsApp-, Telegram- und Threema-Gruppen sieht. Man muss keine Millionen mobilisieren, wenn man großen Schaden anrichten und die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben möchte.

Besonders problematisch für die bürgerliche Öffentlichkeit ist der Verlust des Journalismus durch finanzielle Einbußen. Es entfallen damit nicht nur die Gatekeeper, sondern auch die Watchdogs. Und man könnte die – wie ich meine – berechtigte Frage aufwerfen, ob das massive Zeitungssterben in den USA in den vergangenen Jahren in kausalem Zusammenhang mit dem Ausgang der vergangenen Präsidentschaftswahlen betrachtet werden kann. Soziale Medien sind kein adäquater Ersatz für professionellen Journalismus, weswegen wir an der HAW Hamburg in diesem Jahr auf dem Mediacampus ein neues digitales Journalistenausbildungsprogramm und Competence Center zur Erforschung digitaler Kommunikation gegründet haben.

Wenn die bürgerliche Öffentlichkeit zerfällt, verschwindet das Kommunikationssystem, in dem möglicher Machtmissbrauch im Staat oder in der Gesellschaft basierend auf legitimen Regeln verhandelt werden kann – ohne die Einrichtungen per se in Frage zu stellen. Dementsprechend besteht die Gefahr eines von den Bürgerinnen und Bürgern im Social Web öffentlich perzipierten Legitimitätsvakuum, auf die sich die Einrichtungen vorbereiten müssen.

Das führt mich zum zweiten, abschließenden Teil meiner Eingangsüberlegungen – zu sozialen Medien und der öffentlichen Kommunikation der staatlichen Einrichtungen

Autoritäre Staaten, in denen die Meinungsfreiheit kein geschätztes Gut ist, machen es sich hier einfach: Sie blockieren Inhalte, die die Autorität der Legislative, Exekutive und Judikative in Frage stellen.

Die Betrachtung von Informationsoperationen wie dem „Fall Lisa“ zeigt, dass wir gezielt verbreitete Falschmeldungen im demokratischen Rechtsstaat nicht verhindern können. Die Meinungsfreiheit jedes Einzelnen und die Informationsfreiheit aller darf nicht vorsorglich abgeschafft werden, um rechtswidrige oder strafbare Inhalte zu verhindern. Wir können aber sicherstellen, dass wahrgenommen wird, dass die Legislative, Exekutive und Judikative ihren Aufgaben sorgfältig im Sinne des Souveräns nachkommen.

Hierfür ist es erstens unabdingbar, anzuerkennen, dass es seitens unterschiedlicher deutscher wie auch ausländischer Interessengruppen Manipulationsversuche der Diskurse der Bürgerinnen und Bürger gibt. Und dass hier staatlicher Handlungsbedarf besteht.

Zweitens gilt es für die staatliche Handlungsfähigkeit eine Beschneidung der Kompetenzen der Einrichtungen zu verhindern. Es kann nicht sein, dass den Internetdiensteanbietern des Social Web in Teilen staatliche Aufgaben übertragen werden. Es ist

die Aufgabe der Justiz, zu entscheiden, welche Inhalte im Social Web rechtswidrig oder strafbar sind. Auch die Durchsetzung solcher Entscheidungen darf nicht an einer mangelnden Ausstattung oder Zuständigkeit der Einrichtungen scheitern.

Meine verehrten Damen und Herren, die Antwort des demokratischen Rechtsstaats auf die Risiken sozialer Medien muss daher eine andere sein als die Antwort autoritärer Regierungen. Sie muss durch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs ausgehandelt werden und ich bin mir sicher, dass Hamburg hier mit Foren wie dem Rechtsstandort ein wichtiger Impulsgeber sein kann.

Ich freue mich auf den weiteren Austausch.

Vielen Dank.